

Großer, Günter; Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Weltkonjunktur auf Talfahrt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter; Weinert, Günter (1981) : Weltkonjunktur auf Talfahrt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 17-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135517>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KONJUNKTURPOLITIK

Weltkonjunktur auf Talfahrt

Günter Großer, Günter Weinert, Hamburg

Die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern stand im Laufe des vergangenen Jahres im Zeichen einer ausgeprägten Konjunkturabschwächung bei gravierenden Infiations- und Zahlungsbilanzproblemen. Nachdem sich in den USA die lange erwartete Rezession zu Jahresbeginn durchgesetzt hatte, begannen wenig später auch in Westeuropa Nachfrage und Produktion zu sinken. In Japan mehrten sich ebenfalls die Anzeichen für einen Konjunkturabschwung. Wie sind die Aussichten für dieses Jahr?

An der Jahreswende 1979/80 hatten die in Caracas beschlossenen weiteren kräftigen Ölpreisanhebungen die Industrieländer einem nochmaligen externen Schock ausgesetzt. Seine Folgen haben namentlich in Westeuropa wesentlich dazu beigetragen, daß die erstmals nach der Ölpreisexplosion von 1973/74 wieder festzustellenden Ansätze zu einem nachhaltigen, „selbsttragenden“ Aufschwung schon frühzeitig erlahmten. Zwar kam es zu Jahresbeginn 1980 zu meist noch zu einer weiteren Expansion des realen Bruttosozialprodukts im Zusammenhang mit Vorsorgekäufen, die gerade im Hinblick auf die Ölpreiserhöhungen, aber wohl auch auf die Afghanistan-Krise erfolgten. Danach aber gingen Nachfrage und Produktion kräftig zurück. Was zunächst vielfach noch primär als Reaktion auf die Entwicklung zu Jahresbeginn gedeutet werden konnte, erwies sich schließlich als nachhaltig. Die ölpreisbedingten Entzugseffekte wurden jetzt deutlich spürbar, verstärkt noch durch die restriktiven Wirkungen, die aus den wirtschaftspolitischen Bemühungen um eine Eindämmung der von der Ölverteuerung ausgehenden zusätzlichen Kosten- und Preisimpulse resultierten.

Im Gegensatz zu Westeuropa waren die USA nach langem Aufschwung bereits im Frühjahr 1979 in eine

Stagnation geraten. Dennoch griffen die geldpolitischen Instanzen wegen des starken, Anfang 1980 noch beschleunigten Preisauftriebs zu einschneidenden Restriktionen, die besonders die Bautätigkeit und den privaten Verbrauch trafen. Die konjunkturelle Talfahrt verlief so steil, daß die monetären Bremsen vorübergehend gelockert wurden und es zu einer temporären Belebung von Nachfrage und Produktion im zweiten Halbjahr kam.

Ölpreisanstieg drückt privaten Konsum

In den meisten Industrieländern trug zur Konjunkturabschwächung der private Verbrauch, nicht zuletzt unter dem Einfluß der ölpreisbedingten Entzugswirkungen, maßgeblich bei. Besonders starke kontraktive Effekte gingen aber offenbar von den Lagerdispositionen aus; hohe Zinsen, sinkende Auftragsbestände und sich verschlechternde Absatzerwartungen führten zum Lagerabbau. Mit der Ausbreitung der Abschwungstendenzen wurde auch die Ausfuhr erheblich gedämpft; lediglich Japan, das seine internationale Wettbewerbsposition im Zuge der Wieder-Abwertung des Yen und einer Verringerung der Lohnstückkosten erheblich verbessert hatte, konnte sich dieser Entwicklung zunächst entziehen. Mit der Verschlechterung von Absatz- und Ertragslage und der Verdüsterung der Konjunkturaussichten schwächte sich schließlich auch die Investitionsneigung allgemein ab, wenngleich dieser Prozeß bisher – anders als 1974/75 – nicht über ein „normalzyklisches“ Maß hinauszugehen scheint.

Günter Großer, 49, Dipl.-Volkswirt, ist Abteilungsleiter, Dr. Günter Weinert, 39, Forschungsgruppenleiter der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Die rezessive Entwicklung und die daraus resultierende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage traf fast alle Länder in einer Phase ohnehin noch hoher Erwerbslosigkeit. Die Arbeitslosenquoten waren in den meisten westeuropäischen Ländern in der vorangegangenen Aufschwungsphase kaum zurückgegangen und damit höher als vor der Ölkrise 1973/74. Dies war in erheblichem Maße auf den Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen zurückzuführen, der teils aus demographischen Einflüssen, teils aus einer Zunahme der Erwerbsneigung resultierte. Zugleich aber hat sich der Wachstumspfad und damit die Zunahme an Arbeitsplätzen seit Mitte der siebziger Jahre deutlich abgeflacht.

Ungebrochene Inflation

Während die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern im Laufe des Jahres 1980 wieder zunahm, wurden erst geringe Erfolge bei der Bekämpfung des Preisauftriebs sichtbar. Zu Beginn des vergangenen Jahres war es sogar nochmals zu einer Beschleunigung gekommen. Dazu trugen externe Kostenanstöße wie schon im vorangegangenen Jahr erheblich bei, insbesondere die weiteren kräftigen Anhebungen der Rohölpreise. Als sie im Jahresverlauf nachließen – bei den übrigen Rohstoffen überwogen jetzt sogar Preisrückgänge –, verlangsamte sich der Anstieg der Verbraucherpreise etwas. Sein laufendes Tempo blieb indes fast überall noch ebenso hoch wie ein Jahr zuvor: Die Teuerungsraten gingen im Vorjahresvergleich – bei weiterhin großen Differenzen von Land zu Land – kaum zurück. Eine Ausnahme bildete Großbritannien, wo die Mitte 1979 begonnene rigorose Stabilisierungspolitik seit dem vergangenen Frühjahr deutlichen Erfolg hat.

Der starke Preisauftrieb ging nicht mit so ausgeprägten lohn- und damit verteilungspolitischen Fehlreaktionen wie nach der Ölkrise von 1973/74 einher. Hierzu dürfte vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Rezession 1974/75 vor allem die Tatsache beigetragen haben, daß die Regierungen fast überall schon frühzeitig auf eine eindeutige Stabilisierungspolitik eingeschwenkt waren. Die Strategie der Gewerkschaften blieb jedoch in der Regel zumindest darauf gerichtet, den Reallohn zu sichern. Dies ist zumeist gelungen, es sei denn, daß dem staatliche Eingriffe entgegenstanden, wie in den Niederlanden und in Dänemark; auch in den USA gingen die Reallöhne fühlbar zurück. In einer Reihe von Ländern, namentlich in Italien, faktisch aber z. B. auch in Frankreich, wurde die Kaufkraft der Arbeitnehmer weiterhin durch einen mehr oder weniger automatischen Inflationsausgleich

gesichert. Die dabei erfolgende Kompensation „importierter“ Preissteigerungen verschärfte wiederum das Stabilisierungsproblem. Die Lohnkosten je Produkteinheit sind überall aber auch schon deshalb verstärkt gestiegen, weil mit der Konjunkturabschwächung die Produktivität gedrückt wurde.

Erschwert wurde die Stabilisierungsaufgabe in verschiedenen Ländern auch durch Abwertungstendenzen insbesondere gegenüber dem US-Dollar. Dies galt namentlich für eine Reihe westeuropäischer Länder und bis zum Frühjahr 1980 auch für Japan. Dabei spielte eine Rolle, daß in der Wechselkursentwicklung während des vergangenen Jahres die Bedeutung der Disparitäten in der Preisentwicklung hinter die Verschiebungen der Leistungsbilanzsalden und der relativen Zinsniveaus zurücktrat.

Anders als die Ölpreisexplosion Mitte der siebziger Jahre führte die Ölverteuerung diesmal zu einer besonders starken Passivierung der Leistungsbilanzen in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan. Die Defizite dieser Länder beliefen sich 1980 auf etwa 15 bzw. 12 Mrd. Dollar. Die Fehlbeträge der ehemaligen Problemländer Frankreich und Italien blieben weit dahinter zurück, und Großbritannien, inzwischen Selbstversorger mit Erdöl, erzielte sogar einen beachtlichen Überschuß. Auch in den USA aktivierte sich die Leistungsbilanz im vergangenen Jahr.

Hohe Leistungsbilanzdefizite

Insgesamt haben sich 1980 die Leistungsbilanzdefizite der Industrieländer gegenüber dem Vorjahr noch auf etwa 75 Mrd. US-Dollar verdoppelt. Der Anstieg wurde ausschließlich durch die kräftige, ölpreisbedingte Verschlechterung der Terms of Trade verursacht. Mit der Abflachung der Ölpreissteigerungen im Laufe des vergangenen Jahres kam diese Entwicklung zum Stillstand, und die Leistungsbilanzdefizite der Industrieländer begannen offenbar wieder abzunehmen. Die Tendenzumkehr beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf die USA, Japan und Großbritannien, während die Fehlbeträge in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften zumeist unverändert hoch blieben oder sogar noch stiegen. Bemerkenswert ist dabei insbesondere die rasche Verringerung der Leistungsbilanzdefizite im Laufe des Jahres 1980 in Japan. Dazu trug sowohl eine – nur teilweise konjunkturbedingte – Verringerung der Einfuhr bei wie auch eine weitaus günstigere Entwicklung der Ausfuhr als in den anderen Industrieländern. Die starke Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen, die dabei eine wichtige Rolle spielte,

hatte sich indes vor allem 1979 ergeben. Schon vor der Jahresmitte 1980 kehrte sich diese Tendenz mit einer kräftigen Aufwertung des Yen – und einem spürbaren Anstieg der Lohnstückkosten – wieder um.

Insgesamt hat die binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern im Jahre 1980 gezeigt, daß die Anpassung an einen externen Schock wie die erneute drastische Ölverteuerung nicht ohne erhebliche temporäre Produktions- und Beschäftigungseinbußen möglich ist. Nach den verfügbaren Indikatoren dürfte die rezessive Entwicklung auch in den nächsten Monaten noch anhalten. Wichtiger ist indes die Frage, ob sich schon Bedingungen abzeichnen, die eine Konjunkturbesserung im späteren Verlauf wahrscheinlich machen. Nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahre spielen dabei die Tendenzen auf den Erdölmärkten eine wichtige Rolle. Angesichts der Angebotsausfälle, die durch den Krieg zwischen Irak und Iran verursacht werden, müssen die Industrieländer gegenwärtig zur Deckung ihres Bedarfs auf Vorräte zurückgreifen. Die Versorgungslage wird sicherlich fürs erste angespannt bleiben, eine Zuspitzung ist aber auch im Verlauf des Jahres nicht zu erwarten. Die Nachfrage nach Öl wird nämlich noch weiter sinken, da der Verbrauch konjunkturell und – aufgrund der intensiven Sparbemühungen – strukturell zurückgeht. Trotz der jüngsten Preisanhebungen durch die OPEC

bestehen daher Aussichten, daß sich Erdöl im Laufe des Jahres auf dem Weltmarkt nicht stärker verteuert als Industrieprodukte. Im Jahresdurchschnitt würde dies noch eine Preiserhöhung, auf Dollarbasis, um 15 bis 20 % bedeuten.

Konjunkturpolitik mit wenig Spielraum

Hatten die Ölpreisschübe seit dem Frühjahr 1979 die Inflationserwartungen in den Industrieländern ständig genährt, so kann jetzt damit gerechnet werden, daß die auf breiter Front eingeschlagene Politik zur Eindämmung der Preissteigerungen allmählich deutlichere Erfolge zeigen wird. Gleichwohl wird das Stabilisierungsziel in der Wirtschaftspolitik der meisten Länder hohe Priorität behalten. Vor allem in den europäischen Volkswirtschaften spielt dabei die Sorge um eine reibungslose Finanzierung der hohen Leistungsbilanzdefizite mit. Eine strikte Begrenzung der Geldmengenexpansion und attraktive Zinsen sollen den Kapitalimport genügend fördern, um Abwertungen zu vermeiden, da diese die Stabilisierungsaufgabe erschweren. Hier übt die monetäre Entwicklung in den USA über den internationalen Zinszusammenhang maßgeblichen Einfluß aus. Die „Übersteigerungen“ der letzten Monate dürften indes bald abklingen, wenn in den USA im Zuge der sich abzeichnenden erneuten Konjunkturabschwächung die Geldnachfrage nachläßt und die Zinsen wieder zurückgehen.

Kennzahlen zur Weltkonjunktur

	Reales Bruttozialprodukt (Vorjahresvergleich in %)				Verbraucherpreise (Vorjahresvergleich in %)				Wechselkurse ¹ (Vorjahresvergleich in %)		Arbeitslosenquote ²	
	1970 bis 1978 ^a	1979	1980 ^b	1981 ^b	1970 bis 1978 ^a	1979	1980 ^b	1981 ^b	Dez. 1979	Dez. 1980	1979	1980 ^c
USA	2,9	2,3	-1,0	-0,5	6,6	11,3	13,5	10,0	0,9	1,6	5,8	7,6
Kanada	4,4	2,7	-0,5	0,0	7,2	9,1	10,0	9,5	1,1	-2,2	7,5	7,6
Japan	6,0	5,9	5,0	2,0	9,6	3,6	8,0	6,0	-20,1	17,9	2,1	2,0
Westeuropa ³	3,2	3,4	1,2	-0,7	8,7	8,6	11,7	9,2	.	.	5,4	6,5
Belgien	3,7	2,1	1,0	-1,0	7,4	4,5	6,5	6,5	-0,6	-2,7	7,4	8,7
BR Deutschland	3,0	4,5	2,0	-0,5	5,0	4,1	5,5	4,5	3,7	-4,8	3,3	3,6
Dänemark	2,7	3,5	-1,0	-0,5	9,1	9,6	12,0	9,0	-7,7	-5,8	6,0	7,3
Finnland	3,3	7,2	5,0	1,0	10,6	7,5	11,5	11,0	2,4	2,1	6,2	5,0
Frankreich	4,1	3,2	1,5	-0,5	8,6	10,8	13,5	11,5	0,9	-2,8	6,1	6,5
Großbritannien	2,3	1,4	-2,5	-2,0	12,4	13,4	18,0	10,0	6,7	16,0	4,9	7,1
Italien	3,1	5,0	3,0	-2,0	12,1	14,8	21,0	18,0	-2,0	-5,4	7,7	8,2
Niederlande	3,7	2,6	1,0	-0,5	7,3	4,2	6,5	5,0	0,3	-2,2	4,1	5,5
Norwegen	4,3	3,2	3,0	2,0	8,8	4,8	11,0	10,0	-3,2	-0,1	1,3	1,1
Österreich	4,2	5,1	2,5	0,5	6,4	3,7	6,5	5,0	4,0	-1,0	2,0 ^d	1,9 ^d
Schweden	1,8	3,8	2,0	0,0	8,7	7,0	14,0	12,0	0,2	0,8	2,1	2,2
Schweiz	1,3	2,5	1,5	-0,5	5,1	3,6	4,0	4,0	-0,6	-2,5	0,4	0,2
Spanien	4,4	1,5	1,5	1,0	14,1	15,7	15,0	13,0	2,5	-9,9	9,2	12,6
OECD-Länder insgesamt ³	3,6	3,4	1,0	0,0	7,9	9,2	11,8	9,0	.	.	5,0	6,0

¹ Außenwert der Währung; Gewichtung nach Außenhandelsanteilen im Jahre 1979. ² In % der Erwerbspersonen. ³ Gewichtung nach Bruttozialprodukt bzw. privatem Verbrauch bzw. Erwerbspersonen 1977; Summe der aufgeführten Länder. ^a Durchschnittliche jährliche Veränderung. ^b Schätzung bzw. Prognose; Länderangaben auf halbe Prozente gerundet. ^c September oder Oktober; saisonbereinigt. ^d Arbeitslosenquote in % der Arbeitnehmer.

Ähnlich wie in der Geldpolitik zeichnet sich auch in der Finanzpolitik trotz der Rezession kein Übergang zu einer Politik der Konjunkturankurbelung ab. Die Möglichkeiten dazu werden von vornherein dadurch beschnitten, daß die Staatsdefizite, die im Aufschwung kaum verringert wurden, schon aufgrund der rezessionsbedingten Zunahme vielfach ein überaus großes Ausmaß erreichen dürften. Unter diesen Umständen wird es zweifelhaft, ob es bei einer zusätzlichen Erhöhung der Defizite durch Ausgabensteigerungen und/oder Steuersenkungen noch zu expansiven Impulsen kommt, nicht zuletzt weil es dadurch erfahrungsgemäß erschwert wird, eine stabilisierungsgerechte Geldpolitik durchzuhalten. Aus diesem Grunde werden in den Industrieländern gegenwärtig Ausgabensteigerungen häufig von Steuererhöhungen begleitet, wie etwa in Japan, und Steuerermäßigungen von Ausgaben senkungen, wie in den USA angekündigt. Die kurzfristigen Impulse, die sich per Saldo bei solchen Strategien ergeben, lassen sich nur schwer schätzen. Sicher sind lediglich die nachfragegestützten Wirkungen, die bei der Entwicklung der Staatsfinanzen im laufenden Jahr allgemein von den „eingebauten Stabilisatoren“ ausgehen.

Belebungsstendenzen im Jahresverlauf

Wenn Inflation und Konjunkturabschwung gegenwärtig auch weltweite Phänomene sind, so ist die Problemlage dennoch von Land zu Land recht unterschiedlich. So spielen in den USA nach der Aktivierung der Leistungsbilanz außenwirtschaftliche Rücksichten für die Wirtschaftspolitik eine untergeordnete Rolle. Vielmehr drängt allein die ungebrochene Inflation – der Anstieg der Verbraucherpreise entsprach in den letzten Monaten wieder einer Jahresrate von rd. 13 % – die Notenbank auf einen nachdrücklichen Stabilisierungskurs. Ein erneuter Rückgang von Nachfrage, Produktion und Beschäftigung während der nächsten Monate ist zu befürchten. Im Zuge dieser Entwicklung wird es aber vermutlich auch wieder zu einer deutlichen Zinsrückbildung kommen, zumal mit einer Dämpfung der Inflationserwartungen zu rechnen ist. Damit werden sich schließlich die Voraussetzungen für eine Konjunkturbelebung verbessern, und die wirtschaftliche Aktivität dürfte, nicht zuletzt auch aufgrund lagerzyklischer Effekte, im Laufe des zweiten Halbjahres wieder zunehmen. Stärke und Dauer der Aufwärtsbewegung werden dann erheblich davon abhängen, ob es dem neuen Präsidenten gelingt, rasch Vertrauen in den angekündigten wirtschaftspolitischen Kurs zu wecken, der auf Stabilisierung und Wachstum zugleich gerichtet ist.

Die Geldpolitik der westeuropäischen Volkswirtschaften wird um so mehr im Sog der monetären Entwicklung in den USA bleiben, als der Abbau der hohen Leistungsbilanzdefizite 1981 voraussichtlich insgesamt erst geringe Fortschritte machen wird. Immerhin wird der absehbare Zinsrückgang in den USA eine gleichartige Entwicklung in Westeuropa zulassen. Wichtiger für die Verhinderung einer nachhaltigen konjunkturellen Abwärtsbewegung in Westeuropa ist indes die Stützung der Investitionsneigung durch Lohnabschlüsse, die der ungünstigen Produktivitätsentwicklung und der Einengung der Überwälzungsspielräume Rechnung tragen. Auf eine derartige Mäßigung wirken sowohl die Arbeitsmarktlage als auch die Wirtschaftspolitik hin. Wenn so die Abschwächung der Unternehmensinvestitionen auf ein „normal-zyklisches“ Maß begrenzt bleibt, kann damit gerechnet werden, daß im Verlauf dieses Jahres die expansiven Kräfte in den westeuropäischen Volkswirtschaften schließlich wieder ein Übergewicht erlangen werden.

In Japan dürfte der Export, dessen kräftige Zunahme lange Zeit die konjunkturelle Expansion trotz stagnierender Inlandsnachfrage aufrechterhalten hatte, im Winterhalbjahr 1980/81 unter dem Einfluß der weltweiten Konjunkturabschwächung und der offenbar geübten Selbstbeschränkung der Exporteure sinken. Eine Konjunkturflaute ist daher auch in Japan wahrscheinlich. Die Bedingungen für eine konjunkturelle Belebung im weiteren Verlauf dieses Jahres sind jedoch erheblich günstiger als in den anderen Industrieländern. Einmal braucht die Wirtschaftspolitik nach der erheblichen Verminderung des Leistungsbilanzdefizits außenwirtschaftlichen Begrenzungen nur noch in geringem Maße Rechnung zu tragen. Zum anderen bestehen gute Aussichten dafür, daß der Preisauftrieb auch auf der Verbraucherstufe nachläßt und die Lohn-erhöhungen wiederum mäßig bleiben. Die Investitionsneigung dürfte sich unter diesen Bedingungen während der Konjunkturflaute gut behaupten. Der baldige Übergang in eine erneute Expansionsphase ist so wahrscheinlich. Allerdings werden die Auftriebskräfte schon deshalb gemäßigt bleiben, weil sich die Ausfuhr – trotz hoher Konkurrenzfähigkeit – im Verlauf dieses Jahres entsprechend der Entwicklung der Weltkonjunktur nur langsam wieder beleben wird.

Schrumpfender Welthandel

Der Welthandel, der seit dem Frühjahr 1980 bereits erheblich gesunken ist, wird bei der hier prognostizierten Entwicklung in den Industrieländern zunächst noch weiter zurückgehen. Die kontraktiven Einflüsse werden nur teilweise durch die Steigerung der Einfuhr der

Erdölländer kompensiert, die diesmal merklich langsamer auf die außerordentliche Erhöhung ihrer Ausfuhrerlöse reagieren als nach der ersten Ölpreisexplosion Mitte der siebziger Jahre. Gleichzeitig werden die Zahlungsbilanzprobleme der nicht-erdöllexportierenden Entwicklungsländer noch zunehmen. Deren Importe dürften – ebenso wie die der Staatshandelsländer – kaum nennenswert steigen. Mit der für das zweite Halbjahr 1981 erwarteten Konjunkturbesserung in den Industrieländern wird sich auch der Welthandel wieder beleben, im Jahresdurchschnitt wird jedoch sein Volumen um schätzungsweise 2 % niedriger sein als 1980.

Die Jahresergebnisse lassen weder die Stärke der gegenwärtigen rezessiven Entwicklung noch das zeitliche Verlaufsmuster erkennen. Mehr als für den Welthandel gilt dies für das zusammengefaßte reale Brutto-sozialprodukt der Industrieländer. Die ausgeprägte Konjunkturabschwächung vom Frühjahr 1980 bis weit in das Jahr 1981 hinein geht hier in eine Wachstumsrate von noch etwa einem Prozent für den Jahresdurchschnitt 1980 und in eine Stagnation für den Jahresdurchschnitt 1981 ein. Diese Ergebnisse unterscheiden sich nicht nennenswert von denen der Jahre 1974 und 1975, nach der ersten Ölpreisexplosion. Der mit einer derartigen Produktionsstockung verbundene Rückgang der Kapazitätsauslastung aber ist gegenwärtig schwächer als damals, da sich der Potentialpfad erheblich abgeflacht haben dürfte. Andererseits hat analog dazu der Anstieg der Arbeitslosigkeit nunmehr bereits auf hohem Sockel eingesetzt. Um so gravierender ist es, daß unter Berücksichtigung der üblichen Wirkungsverzögerungen auch bei der prognostizierten Konjunkturbesserung mit einer wohl das ganze Jahr 1981 über anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern zu rechnen ist.

Prognose unter hoher Unsicherheit

Wie jede andere ist auch die hier abgeleitete Prognose der Weltkonjunktur vom Eintritt der gesetzten Annahmen abhängig. Die Unsicherheit gilt nach beiden Seiten. So ist es einerseits möglich, daß unter dem Eindruck kaum vermeidbarer Wirkungsverzögerungen die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften gegenwärtig unterschätzt wird und der Zeitpunkt, an dem sich die konjunkturellen Besserungsfaktoren – etwa über einen Wandel der Lagerdispositionen und der Konsumneigung – durchzusetzen beginnen, eher erreicht wird als angenommen; die Wachstumsraten für 1981 könnten dann spürbar günstiger ausfallen. Andererseits gibt es eine Reihe von Risiken, deren Realisierung zu einem länger andauernden Rückgang von

Nachfrage und Produktion führen würde. Hier wäre etwa ein erneuter Ölschock durch weitere Angebotsausfälle zu nennen. Aber dazu zählen auch interne Faktoren wie eine überschätzte Widerstandsfähigkeit der Investitionsneigung oder allzu verfestigte Inflationserwartungen und eine – womöglich deshalb – unzureichende Lohnmäßigung. Denn hier handelt es sich um Verhaltensweisen, die angesichts der Überlagerung langjähriger endogener Fehlentwicklungen mit den ölpreisbedingten Anpassungszwängen kaum noch aus Erfahrungen der Vergangenheit abzuleiten sind.

Unsicherheiten aber bestehen nicht nur bei den Verhaltensweisen von Unternehmern, Verbrauchern und Gewerkschaften, sondern auch bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Dies gilt etwa im Hinblick auf die Impulse, die aus den USA als wichtigstem Industrieland zu erwarten sind. Es muß sich dort erst noch zeigen, wie schnell und wie konsequent der neue Präsident die angekündigte Wendung in der Wirtschaftspolitik zur verstärkten Angebotsorientierung unter Verkleinerung des Staatssektors vollzieht und ob dies alles ohne Friktionen möglich ist. Sowohl eine einschneidende Stabilisierungskrise nach britischem Muster als auch fortdauernder Mißerfolg bei der Eindämmung der Inflationserwartungen in den USA würden die Schwierigkeiten der übrigen Industrieländer bei der Bewältigung der gegenwärtigen Anpassungsprobleme und der Überwindung der Rezession vergrößern.

Handelsprotektionismus als Gefahr

Vor allem aber kann es mit zunehmender Dauer der weltweiten Konjunkturabschwächung nicht mehr als sicher gelten, daß alle Regierungen angesichts der eingeschränkten geld- und finanzpolitischen Handlungsfähigkeit dem Druck widerstehen, wachsender Arbeitslosigkeit und hohen Leistungsbilanzdefiziten mit protektionistischen Maßnahmen zu begegnen. Allzu leicht wird hierbei übersehen, daß der kurzfristigen Stützung von Einkommen und Beschäftigung in den geschützten Wirtschaftszweigen erfahrungsgemäß viel größere Ausfälle in anderen Bereichen gegenüberstehen. Sie resultieren teils aus den Realeinkommenseinbußen der Verbraucher als Folge verstärkter Preiserhöhungen, teils aus der Dämpfung der Ausfuhr, zu der es nicht zuletzt aufgrund handelspolitischer Gegenmaßnahmen anderer Länder kommt. Mehr Protektionismus könnte so den gegenwärtigen Prozeß der Anpassung an die starke Verschiebung der nationalen und internationalen Kosten- und Preisrelationen nicht erleichtern, sondern ihn nur verlängern und die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Kosten erhöhen.